



## **Hauptausschuß**

31. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)\*

27. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.55 Uhr bis 12.25 Uhr

Vorsitz: Klaus Matthiesen (SPD)

Stenograph: Otto Schrader

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Umsetzung der Erkenntnisse des Ministerpräsidenten aus der Niederlandreise am 6. und 7. Februar 1997 - für eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/1798  
Vorlagen 12/1480, 12/1580  
Zuschrift 12/1168

Dieser Punkt wird in öffentlicher Sitzung behandelt; siehe dazu das Ausschußprotokoll 12/749.

---

\* öffentlicher Teil siehe APr 12/749

- 2** **Verwaltungsvereinbarung über die Aufteilung der Kürzungen der Erstattungen des Bundes an die Länder für die Kriegsopferversorgung gemäß Artikel 52 Abs. 3 Nr. 2 Pflegeversicherungsgesetz**

Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag  
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung  
Drucksache 12/2358

Der Ausschuß stimmt dem Antrag einstimmig zu.

(Kein Diskussionsprotokoll)

- 3** **Staatsvertrag zwischen der freien Hansestadt Bremen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Bremen zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag  
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung  
Drucksache 12/2447

Der Ausschuß stimmt dem Antrag einstimmig zu.

(Kein Diskussionsprotokoll)

- 4** **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2400

Der Ausschuß stimmt über die von den Fraktionen zu den ihn tangierenden Teilen des Haushaltsplanentwurfs eingebrachten Änderungsanträge ab:

**Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei (siehe dazu die Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1704)**

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß den Einzelplan unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Anträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

**Einzelplan 05** - Ministerium für Schule und Weiterbildung, **Kapitel 05 730** (siehe dazu auch die **Vorlage** an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1711)

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß das obengenannte Kapitel mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU an.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**Einzelplan 08** - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, **Kapitel 08 035** (siehe dazu die **Vorlage** an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1718)

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß das obengenannte Kapitel unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Anträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

(Diskussionsprotokoll Seite 3)

**Einzelplan 09** - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten (siehe dazu auch die **Vorlage** an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1722)

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß den Einzelplan mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**Einzelplan 01** - Landtag (siehe dazu die **Vorlage** an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1701)

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß den Einzelplan unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Anträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU an.

(Siehe auch Diskussionsprotokoll, Seite 5)

**5 Neuntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den "Westdeutschen Rundfunk Köln" und des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (9. Rundfunkänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/2531

Der Ausschuß bekundet übereinstimmend sein Interesse an einer zügigen Beratung und Verabschiedung des Gesetzentwurfs. Er kommt auf Antrag der CDU-Fraktion überein, am 22. Januar 1998 eine öffentliche Anhörung zu dem Thema "Wirtschaftlichkeit des Lokalfunks unter besonderer Berücksichtigung des § 24 LRG NW" durchzuführen und unter Verzicht auf eine schriftliche Auswertung der Anhörung am 29. Januar über den Gesetzentwurf abzustimmen, wobei der für diesen Termin vorgesehene Besuch von radio NRW und des Medienkompetenzzentrums auf den 12. Februar verschoben wird.

SPD und GRÜNE erbitten von der Landesregierung einen Vorschlag zur Vereinheitlichung der Rundfunkgesetze hinsichtlich der Benennungen in männlicher und weiblicher Form.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**6 Zukunftsorientierte Technik für Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen stärken**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/2406

Weil der Antrag in engem Zusammenhang mit der unter Punkt 5 behandelten Novelle steht, kommt der Ausschuß einvernehmlich überein, das von der CDU-Fraktion beantragte Expertengespräch zu den vier Themenbereichen des Antrags - tatsächliche Frequenzversorgung, Realisierung des Optimierungskonzepts der LfR, Sende- und Leitungskosten sowie Verwirklichung der Digitalisierung des lokalen Hörfunks - im Rahmen der vereinbarten öffentlichen Anhörung zum 9. Rundfunkänderungsgesetz durchzuführen und den Antrag auch in zeitlichem Zusammenhang mit der Beschlußfassung darüber zu erledigen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**7 Die PC-Nutzung muß für Unternehmen gebührenfrei bleiben**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/2490

Der Ausschuß vereinbart, den Antrag in seiner Sitzung am 26. März 1998 abschließend zu beraten und abzustimmen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**8 Ergebnisse des Mazedonien-Projekts und seine Bewertung durch die Landesregierung**

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, den in dem Schreiben des Chefs der Staatskanzlei - Vorlage 12/1790 - für gegen Ende des ersten Quartals 1998 angekündigten Bericht abzuwarten, um dann in eine inhaltliche Diskussion einzutreten.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**9 Parlamentarische Kontrolle des Engagements der Landesregierung in privatrechtlich organisierten Unternehmen**

Weil der Staatssekretär im Finanzministerium wegen der parallel laufenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses nicht anwesend sein kann, vertagt der Ausschuß die Behandlung dieses Themas auf die nächste Sitzung und bittet unter Hinweis auf die in der 29. Sitzung unter Tagesordnungspunkt 2 geführte Diskussion (siehe APr 12/657, Seite 3 ff., insbesondere den Vorsitzenden auf Seite 14 Mitte) den Landtagspräsidenten und die Landesregierung, bis dahin Vorschläge zur Lösung des Problems zu unterbreiten, wie Privatunternehmen, in denen sich das Land wirtschaftlich engagiert, zukünftig hinsichtlich des Informations- und Auskunftsrechts des Parlaments behandelt werden sollen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**10 Internationale Funkausstellung in Berlin 1997**

Der Ausschuß spricht kurz das Schreiben des Landtagsdirektors in der Vorlage 12/1776 an, das dieser dem Ausschußvorsitzenden nach der vom Sprecher der GRÜNEN-Fraktion in der 30. Sitzung des Ausschusses geäußerten Bitte (siehe APr 12/688, Seite 20) zugeleitet hat.

(Siehe auch Diskussionsprotokoll, Seite 6)

**11 12. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/2482

In Verbindung damit:

**Bericht des Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen nach § 23 des Abgeordnetengesetzes**

Unterrichtung  
durch den Präsidenten des Landtags  
Drucksache 12/2186

Nach dem Hinweis des Vorsitzenden auf den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 12/2513, der in die heutige Beratung einbezogen ist, über den aber erst im Plenum nach Abstimmung über den Gesetzentwurf befunden wird, nimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen der GRÜNEN den Gesetzentwurf Drucksache 12/2482 an.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**Verschiedenes**

Der Vorsitzende gibt dem Ausschuß Kenntnis von einem an ihn gerichteten Schreiben aller nordrhein-westfälischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, das im Zusammenhang mit der Reise des Hauptausschusses nach Brüssel am 13./14. November steht. Daraufhin bildet sich übereinstimmend die Meinung heraus, daß die in dem Brief geäußerte Kritik nicht gerechtfertigt ist, daß aber darauf hingewirkt werden sollte, die Zusammenarbeit zwischen den Landesparlamentariern und den Europaabgeordneten zu intensivieren und den

Informationsfluß zu verbessern. Der Ausschuß bittet den Vorsitzenden, den Europaparlamentariern aus Nordrhein-Westfalen einen Vorschlag zu einer Begegnung mit dem Hauptausschuß und dem Ausschuß für Europa- und EinWelt-Politik zu machen, bei der insbesondere über mit der Agenda 2000 zusammenhängende Themen beraten werden soll.

(Kein Diskussionsprotokoll)

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

**Der der Tagesordnung E 12/890 zu entnehmende Punkt 1 wird in öffentlicher Sitzung behandelt; siehe dazu das Ausschußprotokoll 12/749.**

Zu Tagesordnungspunkt 2 - Stichwort "Verwaltungsvereinbarung" - siehe Beschußteil, Seite II.

Zu Tagesordnungspunkt 3 - Stichwort "Staatsvertrag" - siehe Beschußteil, Seite II.

**4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2400

Der Ausschuß stimmt über die von den Fraktionen zu den ihn tangierenden Teilen des Haushaltsplanentwurfs eingebrachten Anträge ab.

**Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei (siehe dazu die Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1704)**

Zu folgenden Anträgen ergeben sich Wortmeldungen:

**Nr. 1**

**Ruth Hieronymi (CDU)** merkt an, Geldgeschenke bei 50jährigen Ehejubiläen halte man für wichtig; man könne sich deshalb der vorgeschlagenen Kürzung nicht anschließen. Wenn im Haushalt des Ministerpräsidenten gekürzt werden solle, gebe es dafür viele andere geeignetere Stellen, zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit.

**Roland Appel (GRÜNE)** meint, in der Tat treffe die Kürzung Menschen. Er könne versichern, daß es sich die Koalitionsfraktionen deshalb auch nicht leichtgemacht hätten, diesem

Streichungsvorschlag, der auf eine Empfehlung des Finanzministers zurückgehe, zuzustimmen. Aber man lebe in schwierigen Zeiten, in denen die Steuerausfälle, die die Bundesregierung zu verantworten habe, ausgeglichen werden müßten.

**Norbert Burger (SPD)** stellt fest, die Stadt Köln habe auch Geldgeschenke zu 50jährigen Ehejubiläen abschaffen müssen, weil die Mittel dafür einfach nicht mehr zur Verfügung stünden. Dies tue ihm ausgesprochen leid, zumal es nach dem Krieg eine Hochzeitswelle gegeben habe und deshalb derzeit besonders viele 50jährige Ehejubiläen anstünden.

#### Nr. 5

**Ruth Hieronymi (CDU)** weist darauf hin, daß ihre Fraktion schon in den letzten Haushaltsberatungen die Meinung vertreten habe, daß eine Reihe von Aufgaben, die das Wissenschaftszentrum erfülle, in den Universitäten erledigt werden könnten, wenn denn das Land den Hochschulen die notwendigen Mittel zur Verfügung stelle. Die aktuelle Diskussion über die Arbeit des Wissenschaftszentrums und die Aufsichtsfunktion der Landesregierung, die dort wahrgenommen werde, zeige, daß die in den letzten Jahren gestellten Änderungsanträge ihrer Fraktion mehr als gerechtfertigt gewesen seien. Deshalb stelle man auch bei diesen Haushaltsberatungen einen entsprechenden Antrag.

**Reinhard Grätz (SPD)** entgegnet, seine Fraktion vertrete nach wie vor die Auffassung, daß bestimmte interdisziplinäre Aufgaben nicht allein von den Universitäten geleistet werden könnten, und zwar auch dann nicht, wenn man die Hochschulen finanziell besser ausstatten könnte.

**Schlußabstimmung siehe Beschlufteil, Seite II/III.**

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Kapitel 05 730 (siehe dazu auch die Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1711)**

Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor; **Schlußabstimmung siehe Beschlufteil, Seite III.**

**Einzelplan 08** - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, **Kapitel 08 035** (siehe dazu die Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1718)

Vor Eintritt in die Abstimmungen beantwortet **Leitender Ministerialrat Dr. Prodoehl (Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr)** folgende offengebliebene Fragen der CDU-Fraktion:

1. Das Medienforum Nordrhein-Westfalen (Kap. 08 035 Tit. 541 10) soll laut vorgesehenem Haushaltsansatz im Jahre 1998 1,4 Millionen DM erhalten. Die Verpflichtungsermächtigung beträgt 1,2 Millionen DM. Hinsichtlich der Durchführung des Medienforums interessiert die CDU-Fraktion, ob die für das Haushaltsjahr 1998 vorgesehene Verpflichtungsermächtigung zur Durchführung des Medienforums 1998 oder für das Medienforum 1999 in Ansatz gebracht wird.
2. Bei den Zuschüssen für laufende Zwecke an private Unternehmen (Kap. 08 035 Tit. 683 60 und 683 61) sind 3,7 Millionen DM bzw. 12,95 Millionen DM angesetzt worden. Die CDU-Fraktion bittet um Auflistung konkreter Beispiele der Mittelverwendung sowie um eine Einschätzung der Landesregierung hinsichtlich der zu erwartenden Haushaltsentwicklung im Jahre 1998.

Die Verpflichtungsermächtigung für das Medienforum werde zur Vorbereitung des Medienforums 1999 verwendet. Die entsprechenden Verträge müßten schon im Jahre 1998 abgeschlossen werden, weil die Vorbereitungsarbeiten viele Monate im voraus geleistet werden und die Vertragspartner Planungsklarheit haben müßten.

Eine Liste konkreter Beispiele der Mittelverwendung - soviel zu Frage 2 - könne er zum heutigen Zeitpunkt noch nicht aufstellen, weil man Förderprojekte noch nicht bearbeiten könne. Dies sei erst möglich, wenn der Landtag die Entscheidung getroffen habe, daß die Mittel zur Verfügung stünden. Man habe aber eine Vielzahl von Gesprächen geführt und wisse, daß eine Reihe von Unternehmen im Lande Maßnahmen durchführen wolle und dafür um Zuschüsse bitte. Dabei gehe es vor allem um Maßnahmen in zwei Bereichen, zum einen um Projekte kleiner und mittelständischer Unternehmen, um film- und fernsehtechnische Innovationen zu ermöglichen, zum anderen um Projekte nordrhein-westfälischer Film- und Fernsehproduktionsunternehmen, um neue Geschäftsfelder für sich zu erschließen; er nenne in diesem Zusammenhang nur das Stichwort Busineß-TV. - Im nächsten Jahr könne er konkret Auskunft darüber geben, welche Projekte man bearbeite.

**Ruth Hieronymi (CDU)** stellt klar, es sei nicht nach konkreten Projekten, sondern nach Beispielen gefragt worden, aus denen die Struktur der Projekte ersichtlich werde. Überdies wüßte sie gern, aufgrund welcher Berechnungen man zu der Größenordnung des Haushaltsansatzes gekommen sei, von welcher durchschnittlichen Fördersumme ausgegangen werde und an welche Förderungskriterien gedacht sei.

**LMR Dr. Prodoehl (M<sup>6</sup>WMTV)** verweist bezüglich der Struktur der zu fördernden Projekte auf die Erläuterungen.

Zur durchschnittlichen Fördersumme könne er nichts sagen, weil es noch keine Förderanträge gebe. Nach allen Gesprächen, die er geführt habe, und nach den angekündigten und angefragten Projekten gehe er davon aus, daß man die veranschlagten Mittel voll verwenden werde. Dabei werde es um Projekte gehen, für die man Mittel in einer siebenstelligen Größenordnung gewähren müsse, damit sie entstehen könnten. Man wolle nur etwas fördern, was ohne diese Förderung nicht entstünde. Es werde aber auch Projekte kleinerer Dimension geben.

Bei der Förderung orientiere man sich an den Förderrichtlinien, die es zum Beispiel für das Technologieprogramm Wirtschaft gebe, aber auch an Kriterien anderer Landesprogramme. Es sei geplant, für die Förderung die bestehenden Förderrichtlinien zusammenzufassen.

Zu folgenden Anträgen ergeben sich Wortmeldungen:

#### Nr. 1, 2 und 3

**Reinhard Grätz (SPD)** erläutert, die Koalitionsfraktionen hätten die Anträge 1 und 3 aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit gestellt. Nunmehr sollten Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen auf der einen Seite und sonstige Zuschüsse zur Filmförderung in Nordrhein-Westfalen, getrennt ausgewiesen nach Filmstiftung und Filmbüro, auf der anderen Seite voneinander unterschieden werden.

**Ruth Hieronymi (CDU)** stellt fest, die Anträge enthielten das gemeinsame Anliegen, die Zuschüsse für das Filmbüro gegenüber dem Haushaltsplanentwurf klarer herauszustellen. SPD und GRÜNE schlugen vor, das im Rahmen des bestehenden Haushaltsansatzes zu tun; die CDU gehe einen Schritt weiter und beantrage einen eigenen Titel für das Filmbüro.

**Reinhard Grätz (SPD)** weist darauf hin, daß sich die Koalitionsfraktionen davon hätten überzeugen lassen, daß es haushaltstechnisch schwierig sei, für das Filmbüro einen eigenen Titel vorzusehen.

#### Nr. 4

**Ruth Hieronymi (CDU)** erklärt, die CDU-Fraktion halte die automatische Erhöhung der Mittel für die Filmstiftung, wie sie nach den geltenden Gesetzen vorgeschrieben sei, in Anbetracht der Haushaltslage des Landes für nicht richtig. Deshalb beantrage sie im Sinne der

Verhältnismäßigkeit zu anderen Politikbereichen, den Ansatz um 6,4 Millionen DM zu kürzen.

**Schlußabstimmung siehe Beschlußteil, Seite III.**

**Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten (siehe dazu auch die Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1722)**

Zu diesem Einzelplan liegen keine Änderungsanträge vor; **Schlußabstimmung siehe Beschlußteil, Seite III.**

**Einzelplan 01 - Landtag (siehe dazu die Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1701)**

Im Zusammenhang mit dem **Antrag Nr. 2 teilt Direktor beim Landtag Große-Sender**, wie von der CDU-Fraktion erbeten, mit, welche korporativen Mitglieder die Rechts- und Staatswissenschaftliche Vereinigung habe. Dies seien unter anderem die Landeszentralbank, die Provinzial, der Verband der steuerberatenden Berufe, die Wirtschaftsprüferkammer, die Rechtsanwaltskammer, die Wehrbereichsverwaltung und das Justizministerium.

Zu der **Anregung des Vorsitzenden der Enquete-Kommission II**, den Ansatz bei Titelgruppe 61 Titel 526 61 um 150 000 DM zu erhöhen, verweist **Vorsitzender Klaus Matthiesen** auf die Vorlagen 12/1774 und 12/1775. - Der **Ausschuß** befürwortet die Anregung grundsätzlich und bittet den Landtagspräsidenten, zur zweiten Lesung im Haushalts- und Finanzausschuß einen Deckungsvorschlag vorzulegen.

**Schlußabstimmung siehe Beschlußteil, Seite III.**

Zum Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion erklärt **Ruth Hieronymi (CDU)**, schon seit längerer Zeit werde im Hauptausschuß über die Umsetzung der sogenannten ProKom-Beschlüsse beraten. Dabei seien für ihre Fraktion zwei wesentliche Fragen bisher nicht geklärt worden. Sie seien zwar nicht unmittelbar haushaltsrelevant, stünden für ihre Fraktion aber in untrennbarem Zusammenhang mit dem Einzelplan 01. Es gehe erstens um die Frage der Zuordnung des Aufgabenbereichs Controlling in der Landtagsverwaltung, und es handele sich zum zweiten um die Frage, wie der gewünschte neu einzurichtende Gutachter- und Beratungsdienst organisiert werden solle. Solange diese für die Arbeit der Landtagsverwaltung grundsätzlichen Fragestellungen nicht abschließend geklärt seien, sehe sich ihre Fraktion nicht in

der Lage, dem Einzelplan 01 zuzustimmen. Man habe sich deshalb der Stimme enthalten. Sie hoffe, daß die Fragen bis zur abschließenden Behandlung des Haushalts im Landtag einer Klärung zugeführt seien, so daß dort eine Zustimmung ihrer Fraktion zum Einzelplan 01 erfolgen könne.

Zu Tagesordnungspunkt 5 - Stichwort "Rundfunkänderungsgesetz" - siehe Beschlußteil, Seite IV.

Zu Tagesordnungspunkt 6 - Stichwort "Lokalfunk" - siehe Beschlußteil, Seite IV.

Zu Tagesordnungspunkt 7 - Stichwort "PC-Nutzung" - siehe Beschlußteil, Seite V.

Zu Tagesordnungspunkt 8 - Stichwort "Mazedonien-Projekt" - siehe Beschlußteil, Seite V.

Zu Tagesordnungspunkt 9 - Stichwort "parlamentarische Kontrolle" - siehe Beschlußteil, Seite V.

## 10 Internationale Funkausstellung in Berlin 1997

Vorsitzender Klaus Matthiesen verweist auf das Schreiben des Landtagsdirektors in der Vorlage 12/1776, in dem dieser die Frage des Abgeordneten Appel in der 30. Sitzung (siehe APr 12/688, Seite 20) beantwortete.

Roland Appel (GRÜNE) stellt fest, der Brief des Landtagsdirektors spreche für sich, und deshalb wolle er ihn einfach so stehenlassen.